

Antrag Nr. 17-O-25-0041

CDU-Fraktion

Betreff:

Zusätzliche Rheinbrücke ernsthaft prüfen (CDU)

Antragstext:

Die Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden verzeichnen aktuell steigende Einwohnerzahlen - eine Entwicklung, die sich entlang des Rheins und insbesondere im Stadtteil Kastel im Laufe der kommenden 10 Jahre noch beschleunigen wird. So ist es zu erwarten, dass die aktuellen Projekte auf dem Linde-Areal in Kostheim, dem Gelände der früheren Verpackungsfabrik Clemens in Kastel und im Bereich der Siedlung Parkfeld in diesem Zeitraum vermutlich bereits abgeschlossen sein werden.

Hinzu kommen nicht nur zu erwartende Entwicklungen der Bereiche „Kastel Housing“, sowie „Kastel Storage Station“, welche durch fortschreitende Konzentration der Einrichtungen der US-amerikanischen Streitkräfte in Erbenheim mittlerweile deutlich näher gerückt sind. Für den Bereich Ostfeld/Kalkofen hat die Stadt einen Prozess angestoßen, der nicht nur in die Entwicklung eines neuen Stadtteils mit einer fünfstelligen Einwohnerzahl münden könnte, sondern auch zu zusätzlichen Gewerbeflächen führen dürfte.

Aufgrund der Nähe dieser Entwicklungsgebiete zum Rhein muss für die Zukunft mit einer großen Zahl zusätzlicher Verkehrsbewegungen über den Rhein gerechnet werden - unabhängig von der eventuellen Verwirklichung einer City-Bahn. Man muss bezweifeln, dass die Kapazität der bestehenden Rheinbrücken zwischen Wiesbaden und Mainz auf Dauer ausreichen wird, um die zu erwartenden zusätzlichen Verkehrsbewegungen zu bewältigen, zumal es auch etwas weiter weg vom Rhein noch genügend Entwicklungsgebiete gibt, die weitere Verkehrsbewegungen beisteuern dürften (z.B. Nordenstadt Hainweg, Bierstadt Nord).

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

1. mit der Landeshauptstadt Mainz Kontakt aufzunehmen, um gemeinsam mögliche Stellen für eine zusätzliche Rheinquerung zwischen Theodor-Heuß-Brücke und Schiersteiner Brücke zu finden,
2. gleichzeitig eingehend zu untersuchen, wie sich die Zahl der Verkehrsbewegungen über den Rhein durch für die nächsten 10 - 20 Jahre absehbare Projekte der Stadtentwicklung voraussichtlich entwickeln dürfte. Hierbei müssen unbedingt auch Projekte im Bereich der Landeshauptstadt Mainz in die Untersuchung einfließen. Aus einer Antwort des Magistrats auf einen Beschluss des Ortsbeirats geht hervor, dass die bisher ins Auge gefasste Variante einer Rheinquerung mittlerweile nicht mehr möglich wäre. Durch die lange Planungsphase und Bauzeit für eine Brücke (welche die der genannten Baugebiete deutlich übersteigen dürfte) ist es unbedingt notwendig, sofort eine neue Trasse zu finden und zu reservieren, selbst wenn eine Untersuchung zur tatsächlichen Notwendigkeit einer weiteren Brücke einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Mainz-Kastel, 12.11.2017